



Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Kultur

per E-Mail: begutachtung@bmukk.gv.at ,
begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Abteilung für Rechtspolitik
Wiedner Hauptstrasse 63 | Postfach 195
1045 Wien
T +43 (0)5 90 900-DW | F +43 (0)5 90 900-243
E rp@wko.at
W <http://wko.at>

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
16.825/002-III/10/2013

Unser Zeichen, Sachbearbeiter
Rp 1580/13/ES/SL

Durchwahl
4273

Datum
11.02.2013

**Entwurf eines Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetzes - Bundesministerium
für Unterricht, Kunst und Kultur, Bereich Kunst und Kultur**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Wirtschaftskammer Österreich nimmt zu dem im Betreff genannten Entwurf eines
Bundesgesetzes wie folgt Stellung:

Zu Artikel 1 (Künstler-Sozialversicherungsfondsgesetz - K-SVFG)

Erlässt der Künstler-Sozialversicherungsfonds einen Bescheid über das Bestehen des
Anspruchs auf Beitragszuschuss, so sieht § 20 Abs. 3 K-SVFG explizit vor, dass dieser
Bescheid vom Fonds der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (SVA) zu
übermitteln ist. Nach dem Entwurf entscheidet künftig - entsprechend der Anpassung an
das neue System der Verwaltungsgerichtsbarkeit - das Bundesverwaltungsgericht über
Beschwerden gegen Bescheide des Fonds. Diese Rechtsschutzmöglichkeit wird ausdrücklich
begrüßt. § 20 idF des Entwurfes ist jedoch um eine explizite gesetzliche Anordnung zu
ergänzen, wonach (auch) in Fällen der Ausschöpfung des Instanzenzuges eine unverzügliche
Übermittlungspflicht des Erkenntnisses an die SVA besteht. Die Pflicht zur Übermittlung
sollte in diesen Fällen beim Bundesverwaltungsgericht liegen.

Zu Artikel 2 (Kunstförderungsbeitragsgesetz 1981):

Die Textgegenüberstellung stimmt nicht mit der im Entwurf genannten Fassung des § 3
Abs. 1 überein.

Hinsichtlich der Inkrafttretensbestimmung der Z 9 (§ 6 Abs. 7 des Entwurfes) wird
angeregt, eine Formulierung ähnlich wie bei der Inkrafttretensbestimmung des § 81 Abs. 11
VwGG idF des Verwaltungsgerichtsbarkeits-Ausführungsgesetzes zu wählen. Somit könnte
die Inkrafttretensbestimmung wie folgt lauten: „§ 3 Abs. 1 in der Fassung der Z 7 in der
Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/2013 tritt mit 1. Jänner 2014 in Kraft.“

Zu Artikel 3 (Denkmalschutzgesetz - DMSG):

Die in 2 32 enthaltene Inkrafttretensbestimmung scheint überarbeitungsbedürftig.

Freundliche Grüße

Dr. Christoph Leitl
Präsident

Mag. Anna Maria Hochhauser
Generalsekretärin